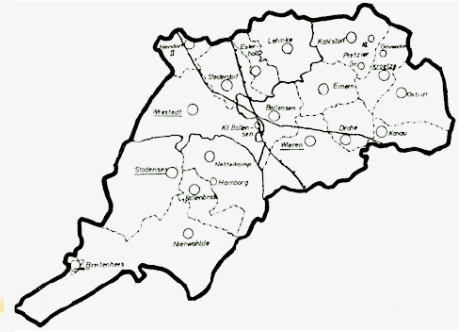




Sonderausgabe

Lupe



Informationen für die
Samtgemeinde Wrestedt

Jahrgang 11 | Ausgabe 1 | Juni 2010

Wir nehmen Stellung!

Ehemalige und aktive Kommunalpolitiker der SPD, die sich in der Gruppe 60 + zusammengeschlossen haben, äußern sich zur Strukturdebatte

Hans Hillmer, Wrestedt, Bürgermeister der Gemeinde Wrestedt, Ratsherr der Samtgemeinde Wrestedt, Kreistagsabgeordneter
Ilse Nitt, Wrestedt, Bürgermeisterin der Gemeinde Wrestedt, Ratsherrin der Samtgemeinde Wrestedt, Kreistagsabgeordnete
Erich Ernst, Kallenbrock, Bürgermeister der ehemals selbstständigen Gemeinde Kallenbrock, Ratsherr der Gemeinde Stadensen
Werner Malischewski, Wieren, Ratsherr der Samtgemeinde Wrestedt und der Gemeinde Wieren
Günter Hilmer, Stadensen, Ratsherr der Samtgemeinde Wrestedt und der Gemeinde Stadensen
Helmuth Dettmer, Stederdorf, Ratsherr der Samtgemeinde Wrestedt und der Gemeinde Wrestedt
Lutke Ebeling, Lehmk, Ratsvorsitzender der Samtgemeinde Wrestedt, Fraktionsvorsitzender der Gemeinde Wrestedt
Hermann Hinrichs, Emern, Ratsherr der Samtgemeinde Wrestedt und der Gemeinde Wieren
Wolfgang Köhnsen, Wrestedt, Ratsherr der Gemeinde Wrestedt
Werner Schulte, Wrestedt, Ratsherr der Gemeinde Wrestedt
Karlheinz Bormann, Nettelkamp, Bürgermeister der Gemeinde Stadensen, Ratsherr der Samtgemeinde Wrestedt, Kreistagsabgeordneter

Aktive Ratsmitglieder

Peter Ramünke, Wrestedt/Lehmke, Ratsherr der Samtgemeinde Wrestedt und der Gemeinde Wrestedt
H.-Hermann Hansmann, Nienwohlde, Ratsherr der Gemeinde Stadensen

„Wir sind für eine Einheitsgemeinde Wrestedt und eine kreisweite „Interkommunale Zusammenarbeit!“

Worum geht es?

Seit einiger Zeit wird in den Räten der Samtgemeinde Wrestedt, Bodenteich und anderen Samtgemeinden im Landkreis über eine verstärkte Zusammenarbeit oder sogar eine Zusammenlegung (Fusion) beraten. Das oberste Ziel ist S P A R E N.
Die Verschuldungsspirale, die sich immer schneller dreht, soll gestoppt werden!
Das Land Niedersachsen unterstützt dieses Ziel mit einer einmaligen Entschuldungshilfe in Höhe von maximal 75% der Kassenkredite. An diese Finanzspritze sind natürlich bestimmte Einsparziele geknüpft, die sich nur erreichen lassen, wenn sich die derzeitigen kommunalen Strukturen deutlich verändern.



Welche veränderten Modelle sind möglich?

1. Bildung einer Einheitsgemeinde Wrestedt

Veränderungen:

Die derzeitigen Gemeinden Wrestedt, Wieren und Stadensen würden aufgelöst, da sie immer weniger zu entscheiden haben. Die Aufgaben würden von der Einheitsgemeinde übernommen. Folgende Funktionsstellen und Gremien würden entfallen: 3 Bürgermeister und deren Stellvertreter, 6 Fraktionsvorsitzende, Gemeindedirektor und Stellvertreter für Wrestedt, Wieren u. Stadensen, Ratsmitglieder, Verwaltungsausschuss und Fachausschüsse.

Statt bisher vier (4), Haushaltspläne, die durch schwierig undurchschaubare Finanzströme gekennzeichnet sind, gibt es nur noch einen (1) Haushaltsplan für alle Einnahmen und Ausgaben. Der Bürgermeister der Einheitsgemeinde würde wie der Samtgemeindebürgermeister direkt gewählt.

Dies alles bedeutet die Einsparung von Sitzungsgeldern und Aufwandsentschädigungen, mehr Durchblick für die Bürgerinnen und Bürger und ebenfalls eine Vereinfachung und Straffung der Verwaltungsarbeit. Insgesamt ergibt sich eine Einsparung von ca. 50.000 Euro.

Natürlich sind Kooperationen mit anderen Gemeinden im Landkreis, die weitere Einsparungen bewirken, nicht nur möglich, sondern ausdrücklich gewollt.

Was ändert sich für die Bürgerinnen und Bürger?

Im Alltag wird sich für die Einwohner nichts ändern: Die Verwaltung in Wrestedt bleibt der zentrale Anlaufpunkt. Bürgernähe, Mitbeteiligung und Mitwirkung werden keinesfalls geschwächt, sondern durch die Ernennung von Ortsvorsteherinnen oder Ortsvorstehern sogar noch gestärkt. Diese werden nämlich unabhängig von den gewählten Ratsmitgliedern für jeden Ortsteil mit Beginn jeder neuen Wahlperiode eingesetzt.

2. Große Einheitsgemeinde Wrestedt/Bad Bodenteich

Veränderungen:

Ebenso wie bei der Umstellung zur Einheitsgemeinde Wrestedt (vgl. 1.) würden die oben aufgezeigten Änderungen und Einsparungen (50.000 Euro) nun auch für die Samtgemeinde Bodenteich gelten. Eine zusätzliche Einsparung (ca. 80.000 Euro) ergäbe sich durch den Wegfall eines direkt gewählten Bürgermeisters.

Für die Bürgerinnen und Bürger würde sich im Alltag nichts verändern. Wrestedt würde auch langfristig eine Verwaltungsanlaufstelle bleiben.

3. Zusammenlegung der Samtgemeinden Wrestedt und Bad Bodenteich zu einer großen Samtgemeinde

Veränderungen:

Wie oben unter 2. würde ein Bürgermeister wegfallen. Allerdings blieben die sechs Bürgermeister der einzelnen Gliedgemeinden (drei für Wrestedt, drei für Bad Bodenteich) und deren Stellvertreter, die Fraktionsvorsitzenden, Gemeindedirektoren und Stellvertreter für alle sechs Gemeinden, Ratsmitglieder und Fachausschüsse usw. erhalten.

Mögliche Einsparungen von ca. 100.000 Euro, allein für die Aufwandsentschädigungen, würden nicht realisiert. Sieben (7) Haushaltspläne müssten erstellt werden (ein Samtgemeindehaushalt, sechs Gemeindehaushalte), der Durchblick über die Finanzströme ist kaum noch möglich.

Bei einer Zusammenlegung beider Samtgemeinden würden auch die derzeitigen Schulden zusammengelegt:

Bad Bodenteich hat 13.085.000 Euro, die Samtgemeinde Wrestedt hat 7.351.000 Euro Gesamtschulden.
Nach Abzug der Entschuldungshilfe verbleiben bei Bodenteich 7.709.750 Euro, bei Wrestedt 3.153.250 Euro



Hier die Zahlen (Stand Jan. 2010) noch einmal genauer:

	SAMTGEMEINDE WRESTEDT mit MG	SAMTGEMEINDE BODENTEICH mit MG
	Euro	Euro
Kassenkredite	5.597.000	7.167.000
abzügl. Entschuldungshilfe	4.197.750	5.375.250
bleiben RESTSCHULDEN	1.399.250	1.791.750
Investive Schulden (diese Schulden bleiben !!)	1.754.000	5.918.000
	nach Abzug der Entschuldungshilfe verbleiben insgesamt	
Gesamtschulden	3.153.250	7.709.750

Das Märchen von der sterbenden Bürgernähe

Wenn immer wieder von Gegnern der Einheitsgemeinde angeführt wird, dass durch den Wegfall der Gemeindeebene die ehrenamtlichen Tätigkeiten beeinträchtigt würden und der Kontakt dann zu den Bürgern abbricht, sollte bedenken:

Gerade die erfolgreichen Bürgerinitiativen in unserer Samtgemeinde sind doch nicht durch die Politik und den Politikern, sondern durch engagierte Mitbürgerinnen und Mitbürger entstanden:

Das Bürgerforum in Ostedt ist sogar gegen die Politik der Gemeinde Wieren entstanden, weil man den hiesigen Kindergarten erhalten wollte. Aus dieser Protestbewegung ist später eine Gruppe von verantwortungsvollen Mitbürgerinnen und Mitbürger geworden, die konstruktiv in der Gemeinde Vorschläge erarbeitet und auch Aktionen durchführt (Aufstellung von Bänken, Ausbau des ehemaligen Kalthauses in Ostedt zu Gemeinschaftsräumen...)

Die Interessengemeinschaft Sommerbad Stadensen (ISO) ist gegründet worden, weil Politik und Verwaltung das Bad schließen wollten. Bürgerinnen und Bürger aus der Gemeinde Stadensen, Wrestedt und Suderburg halfen und halfen tatkräftig mit, dass das Bad mit 20.000 EURO Zuschuss nicht nur erhalten, sondern grundsaniert wird. Heute ist die Privatisierung gelungen und die ISO gilt kreisweit und darüber hinaus als Beispiel für eine gelungene Bürgerinitiative.

Auch das Sommerbad in Wieren konnte nur durch tatkräftige Bürgerinnen und Bürger, die sich in der Aktion Sommerbad Wieren (ASW) zusammenschlossen, gerettet werden. Nicht die Gemeinde und der Bürgermeister waren es, die die Schließung des Bades verhindert haben, sondern mutige und tatkräftige Frauen und Männer, die ein Großteil ihrer Freizeit zur Verfügung stellen. Gerade in Wieren bestand für den Erhalt des Bades große Gefahr, weil sich die politische Mehrheit im Samtgemeinderat (CDU) lange gegen eine Privatisierung ausgesprochen hatte.

Die Initiative Bürgerpfad Stadensen-Nettelkamp wird sogar ganz bewusst unpolitisch gehalten

Aktion Friedhofspflege in Wrestedt.....

„Wir meinen, die Politiker sollten sich einfach nicht so wichtig und unentbehrlich nehmen!“

Durch die Wahl von ehrenamtlichen Ortsvertrauensleuten in den Ortsteilen wird der Kontakt zu den Bürgern weiterhin gepflegt und das Ehrenamt gestärkt.



Schlussfolgerung:

Die Zusammenlegung beider Samtgemeinden, egal ob „große Samtgemeinde“ oder „große Einheitsgemeinde“, würde in jeden Fall bedeuten, dass in das neue Gebilde die erheblich höheren Schulden von Bodenteich übernommen werden.

Die schlechteste Variante ist dabei die „große Samtgemeinde“ bei gleichzeitigem Erhalt der sechs Mitgliedsgemeinden. Die Kosten (min. 100.000 Euro) für die sechs (6) Bürgermeister und die vielen Ratsmitglieder (siehe oben) würden bleiben. Gleichzeitig würden in einer Samtgemeinde Wrestedt/Bodenteich sieben Haushaltspläne erstellt, von denen sechs überflüssig sind.

Der Abbau der Schulden ist nur mit einer strikten Haushaltsdisziplin und gegenseitige Kontrolle untereinander zu gewährleisten. Dies ist bei einer Samtgemeinde mit sechs Mitgliedsgemeinden und den vielen Unterhaltungskosten - z. B. Burg, Brauhaus, Schützenhaus, Dorfgemeinschaftshaus, Seepark, Seewiesen - in Bodenteich kaum durchsetzbar.

Daher kommen die Unterzeichner, SPD 60 plus, zum Schluss, dass die Bildung einer Einheitsgemeinde Wrestedt zum jetzigen Zeitpunkt die richtige Entscheidung ist und der erste Schritt zu einer umfassenden Kommunalreform. In einer Einheitsgemeinde bleibt die Bürgernähe durch Ortsvorsteher erhalten, die Verwaltungsarbeit wird gestrafft und zusätzlich Geld eingespart. Eine Fusion mit Bodenteich würde für die Wrestedter bedeuten, dass wir Schulden von Bodenteich mit übernehmen müssten.

Die CDU in Wrestedt und Bodenteich favorisiert eine Fusion in Form der beschriebenen „großen Samtgemeinde“. Die Unterzeichner haben den Eindruck, dass dies letztlich nur dazu dient, auch zukünftig viele Ratsmandate in den einzelnen Gliedgemeinden zu behalten. Diese Räte sind aber schon lange nicht mehr effektiv, haben wenig oder nur undeutendes zu entscheiden und bewirken auch aus sich heraus keine besondere Bürgernähe.

Es kann nicht darum gehen, dass Bürgernähe gesagt wird, aber nur der Erhalt der eigenen Posten gemeint ist.

In Richtung Zukunft gesehen

Nach der Umwandlung der Samtgemeinde Wrestedt in eine Einheitsgemeinde wäre der zweite Schritt der Zusammenschluss von Verwaltungseinheiten = Interkommunale Zusammenarbeit wo immer möglich!

Und erst danach sind auch Fusionen mit anderen Einheitsgemeinden, z.B. mit Suderburg, Rosche oder auch Bodenteich, vorstellbar. Aber nur wenn dies vom Bürger gewollt ist!

Außerdem wäre die Zusammenlegung der Stadt- und Kreisverwaltung, um eine Doppelverwaltung zu unterbinden, sicher sinnvoll.

Eine effektive Zusammenarbeit zwischen den fusionierten Einheitsgemeinden und der zusammengeschlossenen Stadt- u. Kreisverwaltung muss folgen.

Erst danach sollte überhaupt über eine Fusion der Landkreise nachgedacht werden.

Zum Abschluss könnte es dann zu Zusammenlegungen von Bundesländern kommen.